

## Evangelische Kirche: Wie weit geht die Strukturreform?

*Nicht zuletzt wegen zunehmender finanzieller Engpässe wird in der evangelischen Kirche über eine strukturelle Konzentration nachgedacht. Bei der Tagung der EKD-Synode vom 1. bis 6. November in Münster gab es dazu einen Zwischenbericht.*

„Uns allen ist klar, daß wir uns erst am Anfang von eingreifenden und tiefgreifenden Strukturveränderungen und Veränderungsprozessen befinden.“ Zu diesem Schluß kommt der Lenkungsausschuß“ zur strukturellen Konzentration in der EKD, dessen Bericht der badische Oberkirchenrat *Beatus Fischer* bei der diesjährigen Tagung der EKD-Synode Anfang November in Münster einbrachte. In welchem Umfang es zu Vereinfachungen in der komplizierten protestantischen Kirchenlandschaft Deutschlands mit ihren Landeskirchen, kirchlichen Zusammenschlüssen und Werken kommt, ist noch nicht abzusehen. Zumindest in Teilbereichen sind erste Weichen aber gestellt.

Das gilt vor allem für den *Kirchlichen Entwicklungsdienst*, der bislang als Arbeitsgemeinschaft von fünf Mitgliedern organisiert ist: „Brot für die Welt“ im Diakonischen Werk der EKD, Dienste in Übersee, Evangelisches Missionswerk in Deutschland, Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe und Kirchlicher Entwicklungsdienst der EKD. Im Juli 1998 beschloss Rat und Kirchenkonferenz der EKD, bis Ende 1999 ein Gemeinsames Entwicklungswerk aus den bisherigen Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED) zu bilden.

Allerdings wird bis auf weiteres das Hilfswerk „Brot für die Welt“ nicht mit von der Partie sein. Das Diakonische Werk ist derzeit nicht dazu bereit, „Brot für die Welt“ aus seiner Trägerschaft zu entlassen und mit den anderen vier Organisationen in das Ge-

meinsame Entwicklungswerk zu integrieren. Die Verärgerung darüber war bei Rat und Synode der EKD während der Tagung in Münster deutlich zu spüren – immerhin stand „Diakonie“ als Schwerpunktthema auf der Tagesordnung. In einem Beschluß bekräftigte die Synode das Ziel der Bildung eines gemeinsamen Entwicklungswerkes und bat um einen Bericht über die erzielten Ergebnisse bei ihrer nächsten Tagung.

### Veränderungen bei der evangelischen Publizistik

Der achtköpfige Lenkungsausschuß aus Vertretern des Rates der Kirchenkonferenz und des Kirchenamts der EKD sowie der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union (EKU) und der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche (VELKD) hat neben dem kirchlichen Entwicklungsdienst auch andere Bereiche des kirchlichen Lebens auf Möglichkeiten für bessere Koordination und strukturelle Konzentration hin abgeklopft und entsprechende Schritte angeregt. Dabei ging es etwa um die Überschneidung von Kammern und Kommissionen im Bereich Theologie und öffentliche Verantwortung, wobei der Ausschuß hier eine „bessere Unter- richtung und Verzahnung über grundlegende Arbeitsvorgaben in den Gremien der Gliedkirchen und der Zusammenschlüsse“ anregte.

Im Bereich *Aus- und Fortbildung* befaßte man sich u. a. mit den kirchlichen

Hochschulen (solche bestehen in Bethel, Neuendettelsau und Wuppertal), den kirchlichen Musikhochschulen und anderen kirchlichen Bildungseinrichtungen, von Fachhochschulen über Predigerseminare bis zu Evangelischen Akademien. So soll geklärt werden, inwieweit bisher von einzelnen Landeskirchen getragene Hochschulen künftig als Gemeinschaftsaufgaben der EKD anzusehen und dann auch entsprechend finanziert werden sollen. Schon jetzt liegen Beschlüsse der Kirchenkonferenz zu einzelnen Bildungseinrichtungen vor, die teilweise neu zugeschnitten werden und mit geringeren EKD-Zuschüssen auskommen sollen.

Vor einschneidenden Veränderungen stehen auch die *publizistischen Aktivitäten* der evangelischen Kirche, auch hier vor allem unter dem Zwang zurückgehender Finanzmittel. Schon jetzt ist entschieden, daß das in Frankfurt ansässige „Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik“ (GEP) ab 2000 nicht mehr als Verein wie bisher, sondern als GmbH („Gemeinnützige Gesellschaft für Evangelische Publizistik“) organisiert sein wird. Diese Umgestaltung, so der Lenkungsausschuß, werde es erlauben, „in selbständig geführten Geschäftsbereichen Herausforderungen anzunehmen und marktgängige Produkte zu entwickeln“. Noch offen ist derzeit, welche Rechtsform künftig der Evangelische Pressedienst (epd) haben wird, der bisher aus elf selbständigen Pressediensten (Zentralredaktion und zehn Landesdienste) besteht.

Die Entscheidung über die Zukunft des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes“ (DAS), der derzeit mit jährlich neun Millionen von der EKD subventionierten evangelischen Wochenzeitung, wird 1999 fallen müssen. Die Synode stimmte dem Vorschlag des Rates zu, für das Jahr 2000 den bisherigen Zuschuß nochmals zu gewähren. Allerdings machte sie gleichzeitig die Bereitstellung dieses Betrags vom Ergebnis der „unverzüglich“ vom Rat vorzunehmenden Klärung abhängig, „ob das Sonntagsblatt sein Profil

und seine Verbreitung bei veränderter Konzeption und verbesserten Handlungsmöglichkeiten stärken kann, oder ob andere Lösungen für die publizistische Präsenz der evangelischen Kirche erfolversprechender sind“.

Bei der evangelischen *Kirchengebieten*-presse (vergleichbar den katholischen Bistumsblättern) setzt man teilweise auf Kooperation. Das gilt für die Landeskirchen Sachsen, Thüringen und Kirchenprovinz Sachsen, die eine zentrale Redaktion für ihre Wochenzeitungen eingerichtet haben, wie für die evangelischen Kirchen in Mecklenburg und Vorpommern, die ein gemeinsames Wochenblatt herausgeben. Der schon länger bestehenden Zusammenarbeit zwischen den evangelischen Wochenzeitungen, der rheinischen und westfälischen Kirche haben sich inzwischen Nordelbien und Berlin-Brandenburg angeschlossen. Für den Bereich der evangelischen *Monatspublizistik* laufen Verhandlungen über einen Zusammenschluß von „Lutherische Monatshefte/Zeichen der Zeit“ und „Evangelische Kommentare“ zu einer neuen Monatszeitschrift.

## Gliedkirchen und Zusammenschlüsse

Daß es in absehbarer Zeit zu einer Verschmelzung bislang selbständiger EKD-Gliedkirchen wie zuletzt 1977 bei der Bildung der Nordelbischen Kirche aus vier Landeskirchen kommt, ist nicht zu erwarten. Wohl aber könnte eine verbindliche Zusammenarbeit benachbarter Landeskirchen entstehen, vor allem in Ostdeutschland. Entsprechende Gespräche gab bzw. gibt es bisher nur zwischen der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (Teil der EKD) und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, deren Territorien ohnehin miteinander verzahnt sind: Thüringens Landeshauptstadt Erfurt gehört z. B. – weil früher preußisch – zur provinzsächsischen Kirche.

In Aussicht genommen ist eine „Föderation“ der beiden Kirchen mit ge-

meinsamer Synode und Kirchenleitung, zu der dann möglicherweise auch die anhaltinische Landeskirche stoßen könnte. Konkrete Verhandlungen zwischen der provinzsächsischen und der thüringischen Kirche über eine solche Föderation setzen allerdings ein entsprechendes offizielles Mandat voraus, mit dem u. U. im Lauf des kommenden Jahres zu rechnen ist.

Schon weit gediehen sind Überlegungen zu einer Änderung der *Grundordnung* der EKD (Art. 10), die es erlauben würde, so der Lenkungsausschuß, „daß die EKD für alle oder auch nur einen Teil der Gliedkirchen Gesetze erlassen kann und die Gliedkirchen rechtlich in die Lage versetzt werden, die Übertragung der Gesetzgebungskompetenz auf die EKD wieder rückgängig zu machen“. Der Rat will der EKD-Synode bei ihrer Tagung im Herbst 1999 einen entsprechenden Änderungsvorschlag vorlegen.

Die Diskussion zu den Vorschlägen des Lenkungsausschusses bei der Synodaltagung in Münster kreiste vor allem um die künftige Rolle der *konfessionellen Zusammenschlüsse* im deutschen Protestantismus bzw. ihr Verhältnis zur EKD: Neben EKD und VELKD (beide mit eigenen Synoden, Kirchenleitungen und Kirchenämtern) gibt es die Arnoldshainer Konferenz, in der sechzehn unierte, reformierte und lutherische EKD-Gliedkirchen zusammenarbeiten, sowie den Reformierten Bund.

Zwischen EKD und Arnoldshainer Konferenz laufen Verhandlungen, bei denen mehrere Modelle einer Vereinigung der beiden bisherigen Zusammenschlüsse zu einer „Arnoldshainer Kirchengemeinschaft“ zur Diskussion stehen. Einer solchen Gemeinschaft würden dann alle EKD-Gliedkirchen außer den in der VELKD zusammengeschlossenen Kirchen angehören, wobei die Württembergische Landeskirche der Arnoldshainer Konferenz bisher nur gastweise angeschlossen ist.

Die Lutheraner müßten ihren Partnern in der EKD ein Stückweit entgegenkommen, forderten bei der EKD-

Synode die einen; Vertreter der VELKD-Kirchen wiederum verteidigten ihren Zusammenschluß und dessen Arbeit. Auf der VELKD-Generalsynode, die kurz vor der EKD-Synode tagte, hatte Landesbischof *Horst Hirschler* (Hannover), leitender Bischof der VELKD, zu Protokoll gegeben, man solle zäh für eine „konstruktive Verbesserung“ der gegliederten protestantischen Landschaft in Deutschland wirken, aber auf keinen Fall auf die „Flötenöne hereinfallen“, die erkärten, Konfessionalität sei eigentlich überholt. Als Kernbereiche der Arbeit der VELKD, die in Gespräche über eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der EKD einzubringen seien, nannte die Generalsynode in einem Beschluß Theologie und Bekenntnis, Gottesdienst und kirchliches Leben, Ökumene sowie Rechtsfragen, vor allem zum Pfarrrecht.

Der vor einem Jahr in Wetzlar (vgl. HK, Dezember 1997, 602 ff.) zum neuen Ratsvorsitzenden der EKD gewählte rheinische Präses *Manfred Kock* appellierte in seinem Bericht bei der Synodaltagung in Münster, nur im Miteinander und im Bündeln der Kräfte könne man die Bedeutung des christlichen Glaubens an der Schwelle zum neuen Jahrhundert überzeugend und mit der nötigen Deutlichkeit darstellen. In seinen persönlichen Anmerkungen zum ersten Amtsjahr am Ende des Berichts fügte Kock hinzu: „Auch in unserer evangelischen Kirche weht der Wind der Veränderung – allerdings meist in mäßiger Stärke.“ Er habe in den Gremien der EKD erlebt, wie mühsam konkrete Reformen voranzubringen seien.

Bei ihrer Tagung im Herbst 1999 in Leipzig wird sich die EKD-Synode schwerpunktmäßig mit „Mission und Evangelisation“ beschäftigen. Die Wahl dieses gerade angesichts der religiös-kirchlichen Verhältnisse in Ostdeutschland herausfordernden Schwerpunktthemas begründete das Synodenpräsidium damit, daß es jetzt darauf ankomme, „Kirchen und Christen ihrer Sache, nämlich des Evangeliums, wieder neu gewiß zu machen“. U. R.